# MONATSSPIEGEL

*Die Zeitung der Erlanger SPD*

Ausgabe August 2023

## NOCH ZWEI MONATE BIS ZUR WAHL: FÜR EINE STARKE SPD IM BEZIRK.

*VON SOPHIA WALDMANN*

Liebe Genoss*innen

„Teilhabe, Gesundheit, Kultur, Natur – für Alle!“ – so hat Gisela Niclas im Monatsspiegel im Juni 2022 das Ziel der SPD-Arbeit im Bezirkstag Mittelfranken zusammengefasst. Was bedeutet das konkret, also in Forderungen zur Bezirkstags- und Landtagswahl 2023?

### *GESUNDHEITSVERSORGUNG*

Menschen mit psychischen oder Suchterkrankungen, davon viele Kinder und Jugendliche, brauchen wohnortnahe Unterstützung mit kurzen Wartezeiten. Als Träger der Bezirkskliniken Mittelfranken ist der Bezirk verantwortlich für die Sicherstellung und Weiterentwicklung einer guten Gesundheitsversorgung: Zum Beispiel im Klinikum am Europakanal, in den psychiatrischen Institutsambulanzen, und mit den Soziotherapeutischen Wohnheimen, die ein neues Konzept als „Glied“ in einer sozialraumorientieren Therapiekette brauchen. Hier in Erlangen gehört zum Klinikum am Europakanal aber auch die Neurologische Reha, welche gerade für viele ältere Menschen eine umfassende Rehabilitation in der Nähe von Familie und Freund*innen bietet, aber wirtschaftlich auf der Kippe steht.

*Unsere Bezirkstagskandidatin Sophia Waldmann*

Diese ganzen Versorgungsaufgaben können die Bezirkskliniken nur mit ausreichend qualifizierten und motivierten Mitarbeitenden gerecht werden. Deshalb wollen wir mit der Sanierung des Klinikums am Europakanal zusätzliche Personalwohnungen schaffen. Genauso wichtig sind bessere Arbeitsbedingungen und Tarifbindung. Das gilt auch für die Service GmbH, deren Personal durch die Ausgliederung niedriger bezahlt wird und schlechter in die Klinikabläufe eingebunden ist. Hier sollte sich die SPD weiter mit den Gewerkschaften zusammen für eine Wiedereingliederung einsetzen. Viele weitere Ideen für innovative Personalstrategien stehen schon im Raum, aber müssen von der obersten Führungsebene umgesetzt werden.

>> Seite 3

## TERMINE

| | | | |
|---|---|---|---|
| 21.08. 17:00 | Vorbereiten Plakatständer | August-Bebel-Haus | |
| 22.08. 17:00 | Vorbereiten Plakatständer | August-Bebel-Haus | |
| 23.08. 17:00 | Vorbereiten Plakatständer | August-Bebel-Haus | |
| 23.08. 17:00 | Rolf Mützenich im Gespräch | Familienzentrum Bismarckstraße 19 | |
| 25.08. 0:00 | Große Plakatierung der Gesamtstadt | Treffpunkt ABH Parkplatz | |
| 25.08. | Redaktionsschluss Monatsspiegel | | S. 11 |
| 26.08. 10:00 | Infostand in der Innenstadt | gegenüber P&C | |
| 13.09. 15:00 | AG 60+ | Thalermühle | S. 22 |
| 13.09. 19:30 | Distrikt Tennenlohe: Distriktsitzung | Schlossgaststätte, Schlossgasse 7 | S. 22 |
| 17.09. 14:00 | Fancy Women Bike Ride | Langemarckplatz | S. 24 |

## *KONTAKT*

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes, Martin Prokopek
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

| | |
|---|---|
| Mo | 17:00 - 19:00 Uhr |
| Di | 08:00 - 11:00 Uhr |
| Mi | 10:00 - 12:00 Uhr |
| Do | 10:00 - 13:00 Uhr |
| Fr | 13:00 - 15:00 Uhr |

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

| | |
|---|---|
| Mo | 09:00 - 13:00 Uhr |
| Di | 09:00 - 13:00 Uhr |
| Mi | geschlossen |
| Do | 09:00 - 13:00 Uhr |
| Fr | geschlossen |

## *IMPRESSUM*

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben)
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Helmut Aichele, Stefan Barth, Phillipp Dees, Monika Fath-Kelling, Klaus Hamann, Katrin Hurle, Florian Janik, Lisa Kaufmann, Gisela Niclas, Sandra Radue, Dieter Rossmeissl, Rolf Schowalter, Christian Stiegler, Sophia Waldmann

Druck:
Onlineprinters GmbH,Fürth

Auflage:
600 Stück

## INKLUSIVER ARBEITSMARKT

Menschen mit Behinderung haben das Recht, zwischen der Arbeit in einer Werkstatt, bei anderen Anbieter*innen oder auf dem ersten Arbeitsmarkt zu wählen. Damit dieses Recht Wirklichkeit wird und wir von einem „inklusiven Arbeitsmarkt“ sprechen können, braucht es noch ganz viel Information, einen Ausbau der professionellen Begleitung von Übergängen in den ersten Arbeitsmarkt und eine Umsetzung des persönlichen „Budgets für Arbeit“, welche es für mehr Menschen mit Behinderung attraktiv macht. All das kann nur gelingen, wenn die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und konkret zum Beispiel von Informationskampagnen, sozialraumorientiert und im Zusammenarbeit der Bezirke mit den Kommunen, Arbeitgebenden, Fachdiensten, Gewerkschafter*innen und Selbstvertretungen erfolgt.
Außerdem sollte der Bezirk mit den Außenarbeitsplätzen der Werkstätten und Inklusionsfirmen in Mittelfranken die Ansätze zu begleiten und zu fördern, die die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung leben und zugleich ein wichtiges Scharnier in den ersten Arbeitsmarkt darstellen.

## GEMEINSAM LERNEN UND AUFWACHSEN

Die UN-Behindertenrechtskonvention legt fest: Jeder Mensch hat das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Bildung. Für gerechte Bildungschancen wollen wir den Bezirk Mittelfranken deshalb zu einem Vorreiter bei inklusiven Schulprojekten machen, von denen Kinder mit und ohne Behinderung profitieren.
Hier liegt die Überschneidung mit der Landesebene auf der Hand. Inklusive Bildung funktioniert nur dann, wenn Lehrkräfte und Schulen besser ausgestattet sind. Und daran müssen wir ja sowieso arbeiten, um allen Schüler*innen und Lehrer*innen gutes Lernen und Arbeiten zu ermöglichen: Mit kleineren Klassen, multiprofessionellen Teams, mehr pädagogischer und praktischer Erfahrung im Lehramtsstudium, A13 für alle Lehrer*innen, und vielem mehr (siehe das Regierungsprogramm der SPD zur Landtagswahl). Ein Instrument, das in der Hand des Bezirks liegt, ist die Schulbegleitung: Deren Organisation sollte nach unserer Vorstellung (und dem Wunsch der Schulen) bei den Schulen liegen, um pädagogisch sinnvoll eingesetzt werden zu können.

## BILDUNG UND ERINNERUNGSKULTUR GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Rechte Ideologien stehen mit ihrer Menschenverachtung und dem Recht der Stärkeren unserer Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft komplett entgegen. Denn Inklusion bedeutet, gesellschaftliche Strukturen und Räume so zu gestalten, dass alle daran teilhaben können – anstatt die auszuschließen, die angeblich nicht „reinpassen“. Die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ist deshalb Pflichtaufgabe im Bezirk: Einerseits, weil die Bezirkskliniken in der Nachfolge der Heil- und Pflegeanstalten stehen. Und andererseits, weil der Bezirk ja gerade in den Handlungsfeldern agiert, von denen Inklusion ausgehen muss, und die bis heute stattdessen oft exkludieren und absondern – in der Medizin, in der Bildung, in der Arbeitswelt, und in weitverbreiteten Vorurteilen über Menschen mit Behinderung. Gerade aus Erlanger Perspektive sollten wir uns deshalb bemühen, den Bezirk in die Erinnerungsarbeit rund um die „Hupfla“ einzubinden, wenn wir uns dort mit der Gegenwart und Zukunft einer inklusiven Gesellschaft auseinandersetzen.
Neben diesen drei Themen warten nach der Wahl im Herbst 2023 noch viel mehr Projekte, die wir als SPD mitgestalten wollen:
- die Entwicklung von Strategien zum Umgang mit der zunehmenden Leiharbeit im sozialen und pflegerischen Bereich
- eine möglichst inklusive und sozialraumorientierte Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, in enger Abstimmung zwischen Bezirk und Kommunen
- die Errichtung einer inklusiven Wohnanlage auf Flächen des Bezirks in Uttenreuth
- das Vorantreiben der Sanierung, Modernisierung und Digitalisierung in den Bezirksschulen
- der weitere Ausbau von Suchthilfe und Prävention in Mittelfranken, z.B. mit der Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Nürnberg
- ein Abbau des Antragsstaus und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren in den sozialen Hilfen und anderen Leistungen des Bezirks.

„Was ist nochmal der Bezirkstag?“, ist meine wohl am häufigsten beantwortete Frage im Wahlkampf bisher. Die Wenigsten – vor allem junge Menschen – kennen den Bezirk. Was die Erlanger*innen aber kennen, ist das ‚Bezirkskrankenhaus‘. Psychische Gesundheit ist ein Thema, das so viele betrifft, persönlich oder im Bekanntenkreis. Und das gleiche gilt entgegen der verbreiteten Wahrnehmung für Behinderung. Ein großer Teil der Schwerbehinderungen besteht nicht seit Geburt/Kindesalter, sondern entsteht erst im späteren Lebensverlauf. Unterstützung für Menschen mit Behinderung ist kein Randthema, sondern begegnet vielen jüngeren Menschen zum Beispiel dann, wenn es um die Teilhabe und Versorgung ihrer Eltern im Alter geht. Auch die vom Bezirk ausgezahlte Hilfe zur Pflege wird hier interessant. Deshalb der Appell an euch als Genoss*innen: Man kann von der bayerischen Spezialität der Bezirke halten, was man will – aber die Sozialpolitik des Bezirks ist relevant! Für sehr viele Menschen zumindest irgendwann im Leben. Für alle, die wegen Behinderung dauerhaft Angebote des Bezirks nutzen möchten oder müssen, ist sie existenziell. Und die SPD ist die Partei, die das am stärksten vertreten und sich auch auf Bezirksebene motiviert für die Teilhabe aller Menschen einsetzen sollte.

Dafür machen Philipp und ich in den nächsten zwei Monaten weiter Wahlkampf, und brauchen alle Unterstützung, die wir von euch bekommen können!

Freundschaft,
eure Sophia

# DANKE!!!

*VON GISELA NICLAS*

Liebe Kreisvorsitzende
Sandra und Munib,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

bei euch allen möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken für den Geburtstagsempfang, den ihr für mich am Freitag, den 21. Juli, im Redoutensaal ausgerichtet habt.

**Danke** für die vielen, vielen lieben Glückwünsche – auch von denen, die nicht dabei sein konnten. Danke für die Spenden an den Frauennotruf, um die ich anstelle von Geschenken gebeten hatte; es ist ein ansehnlicher fünfstelliger Betrag zusammengekommen für diese nach wie vor enorm wichtige Arbeit. Im nächsten MS informiere ich gerne über den Endbetrag.
**Danke** für die tollen und liebevollen Geschenke, die obendrein ankamen.
**Danke** vor allem für den wundervollen Frauenchor „Decibella“, der mit seinem Programm und einem besonderen Lied nur für mich erneut deutlich gemacht hat, dass Musik nicht nur ein besonderer kultureller Ausdruck ist, sondern ein ideelles Lebensmittel.
Ihr alle, meine Erlanger SPD, habt mir mit diesem Empfang eine große Freude gemacht.
**Danke** für dieses eindrucksvolle Zeichen von Wertschätzung!

Philipp und Floh, unserem Oberbürgermeister, danke ich für ihre Grußworte voller Verbunden-heit und Solidarität. Sie haben beide den Zusammenhang zwischen mir als Person und unserer gemeinsamen politischen Arbeit hergestellt. Denn: Es geht nicht nur um mich als Person, es geht vor allem um das, wofür wir stehen: Gemeinsam für ein gutes Leben für alle, für ein Zu-sammenleben ohne Ausgrenzung, ohne Angst, ohne Gewalt.

*Gisela Niclas bei der Feier zu Ihrem 75. Geburtstag.*

## *SOZIALE GERECHTIGKEIT UND TEILHABE ALS VORAUSSETZUNG FÜR DIE SICHERUNG VON DEMOKRATIE*

Besonders danken möchte ich meinem langjährigen politischen Weggefährten und Sozialrefe-renten Dieter Rosner für seine hervorragenden Ausführungen und Denkanstöße zum politischen Hauptthema des Abends: „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe als Voraussetzung für die Siche-rung von Demokratie“. Ich finde es sehr schade, dass die Presse in ihrem Bericht über den Empfang Dieters Rede mit keiner Silbe aufgegriffen hat. Dafür müssen wir selbst sorgen. Ich wünsche mir, dass die Rede den Weg in den Monatsspiegel findet; zum Nachlesen, Nachdenken und als Motivationsstärkung zum politischen Handeln. Ich danke Dieter mit meinem Lieblings-zitat von Heribert Prantl. Er schrieb 2013 zum 150. Geburtstag der SPD: „Bebel ging jeden Tag mit der Überzeugung zu Bett, dass es bis zur Revolution nur noch Tage dauern können. Das ist passé. NICHT passé ist aber die Idee, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie Aus-bildung und Auskommen brauchen, um Bürgerinnen und Bürger sein zu können“.
Nach über 30 Jahren im Erlanger Stadtrat und nach 15 Jahren im Bezirkstag von Mittelfranken beende ich im Herbst meine Aktivitäten in einem politischen Mandat. Dann habe ich nicht nur Zeit, all die Bücher zu lesen, die ich geschenkt bekommen habe; ich kann dann hoffentlich – soweit es meine Gesundheit erlaubt – auch wieder Dinge tun, die wegen der Konzentration auf das politische Mandat bisher zu kurz gekommen sind, z.B. Leute treffen im Stadtteil-Café der AWO in Büchenbach; das macht Spaß und fördert Zusammenhalt.

## *STADT FÜR ALLE*

Unsere Erlanger SPD in der Stadt für alle steht seit Jahrzehnten für Gleichstellung und nachhaltige Stadtentwicklung. Als Neubürgerin von 1987 habe ich bereits knapp 3 Jahre später, in 1990, die Chance bekommen, im Stadtrat, als Bürgermeisterin und Sozialreferentin Kommunalpolitik zu gestalten. Stellvertretend für alle, die mich dabei ermutigt und unterstützt haben danke ich unserem damaligen Kreisvorsitzenden Helmut Pfister, unserer Fraktionsvorsitzenden Heide Mattischeck, unserem Alt-Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg und unserer Bürgermeisterin Ursula Rechtenbacher.

Ich hoffe, ich habe bisher einen Beitrag leisten können, die Welt ein bisschen besser zu machen. Wir alle haben aber weiterhin genug und mehr zu tun, die schwierigen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zu stemmen: Armut bekämpfen, Reichtum begrenzen, menschengerechte Perspek-tiven für Geflüchtete schaffen, Klimaschutz sozial gestalten, Kultur schützen, gute Pflege und Gesundheitsversorgung sichern, Betreuung und Bildung verbessern, Fachkräftemangel bewälti-gen, Digitalisierung ausbauen, und, und, und....

Ich drücke die Daumen, dass Sophia und Philipp in Erlangen, Christian und Claudia im Landkreis bei den Wahlen am 8. Oktober die Chance bekommen, in Bezirk und Landtag

mitzuarbeiten. Sie alle bringen neben ihrer beruflichen Qualifikation jahrelange Erfahrung in der Jugend- und Verbandsarbeit, in Stadtrat und Kreistag mit. Allen 4 danke ich für ihre Kandidatur! In der SPD und in den anderen demokratischen Parteien brauchen wir weiterhin engagierte Menschen, die bereit sind, trotz Hassmails und Anfeindungen v.a. aus dem rechtsextremistischen Spektrum unserer Gesellschaft ein politisches Mandat zu übernehmen. Lasst uns alles tun für ein bestmögliches Ergebnis. Leicht wird es wie immer nicht sein, aber wann war es das schon für uns Sozis in Bayern?

Euch allen nochmals Danke von Herzen,
Freundschaft!

Eure Gisela

## REDEBEITRAG ZU GISELA NICLAS GEBURTSTAGSEMPFANG

*VON DR. FLORIAN JANIK*

von Herzen gratuliere ich Dir zu Deinem 75. Geburtstag!

Erst im letzten Jahr durften wir mit Dir feiern. Da hast Du die kommunale Verdienstmedaille in Silber vom bayerischen Innenminister erhalten. Deine Verdienste für die Stadt Erlangen und auch für die örtlichen Vereine aufzuführen, würde Seiten füllen. Deshalb will ich nur einzelne Stationen herausgreifen.

Du warst über 30 Jahre lang Stadträtin, 6 Jahre zweite Bürgermeisterin und Sozialreferentin, 12 Jahre Fraktionsvorsitzende, 15 Jahre Bezirksrätin in Mittelfranken, viele Jahre Vorsitzende des ASB Erlangen und der Naturfreunde Erlangen.

Wenn wir miteinander Gespräche geführt haben, hattest Du häufig mehrere Unterlagen mit mehreren Missionen und Rollen dabei. Immer gut durchdacht, gut vorbereitet und dennoch offen für andere Meinungen und Vorschläge. Es zeichnet Dich aus, dass Du alles im Blick behältst und Verbindungen herstellst, wo vorher keine oder keine mehr waren. Und Du bist ein gutes Beispiel dafür, dass Kommunalpolitik alles andere als Kirchturmpolitik ist. In Deinen Fachgebieten warst Du immer bestens über Gesetzesvorhaben auf Landes- und Bundesebene informiert. Du hast Dich stets dafür eingesetzt, den Blick der Kommunen, vor allem aber der Menschen vor Ort, nicht zu vergessen. Als Praktikerin mit sozialdemokratischem Kompass und klarem Blick für das

Machbare warst Du nicht nur in der SPD als Ansprechpartnerin gefragt, sondern auch in den Fachgremien des Städtetages.

Deine Arbeit wird in Erlangen und weit darüber hinaus geschätzt und sie hinterlässt Spuren. 2016 wurde auf Dein maßgebliches Betreiben hin in Erlangen der ErlangenPass eingeführt. Der ErlangenPass trägt ganz klar Deine und damit sozialdemokratische Handschrift. Denn es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Teilhabe am kulturellen Leben, an Freizeitangeboten und am Zusammenleben in unserer Stadt. Wenn wir den ErlangenPass nun gemeinsam weiterentwickeln und ihn auch Menschen zugänglich machen, die mit ihrem Einkommen ebenfalls von vielen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben, dann setzt es die von Dir entwickelte Idee konsequent fort.

Ein anderes Beispiel ist für mich Dein Einsatz für ein würdiges Gedenken an die Opfer der NS-Euthanasie in Erlangen. Du hast das

Gedenken eingefordert und den fraktionsübergreifenden Antrag, einen Gedenkort zu schaffen, maßgeblich mit vorbereitet. Es ist kein Geheimnis, dass Du Dir gewünscht hättest, dass mehr von dem ehemaligen Patiententrakt der Heil- und Pflegeanstalt (HuPflA) erhalten bleibt. Und es steht für Deine Art und Weise, Politik zu machen, dass Du trotzdem die Chancen des mühsam gefundenen Kompromisses für den Teilerhalt des Gebäudes und die Schaffung eines Gedenkortes erkannt und unterstützt hast. Es maßgeblich Deinem Einsatz zu verdanken ist, dass der Bezirk an einem künftigen Gedenkort mitwirkt.

Deine vielfältigen Aktivitäten zeigen, dass alles Tun oder auch Unterlassen politisch ist. Gerade in der Sozialpolitik, die sich wie ein roter Faden durch Deinen Lebenslauf zieht – angefangen bei Deinem Beruf als Sozialarbeiterin – gab und gibt es viel zu bewegen. Hier konntest Du mit Deinem Einsatz viel gestalten. Das darf uns als SPD und insbesondere Dich auch ein bisschen stolz machen.

Unsere vielen Begegnungen waren von Anfang an geprägt von Vertrauen. Als ich 20002 in den Stadtrat kam, warst Du Fraktionsvorsitzende. In dieser Funktion habe ich Dir sehr viel zu verdanken. Stets hattest Du ein offenes Ohr für Anliegen und Ideen. Du hast mich gefördert und mir vertraut, in dem Du mir gemeinsam mit der Fraktion nach und nach das zentrale Thema der Finanzpolitik übertragen hast. Und Du hast mich auf die Übernahme des Fraktionsvorsitzes vorbereitet und mich auch in dieser Funktion unglaublich unterstützt.

Du hast mit kühlem und vor allem klugen Kopf Vereine durch schwierige Zeiten gesteuert. Bei all Deinem Engagement hat man Dein Herzblut gespürt. Und über all dem hast Du Deinen Humor nicht verloren.

Nach den vielen intensiven Jahren wirst Du mit der Landtags- und Bezirkstagswahl im Oktober diesen Jahres Dein letztes politischen Amt als Bezirksrätin aufgeben. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für all Dein Engagement! Nun dürfen sich Ehemann, Kinder und Enkel auf mehr Zeit mit Dir freuen. Genieße die neue Freiheit und achte dabei gut auf Dich und Deine Gesundheit!

Alles Gute!

**Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!**

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

**Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:**
**Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)**
Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022

sparkasse-erlangen.de/giro

# WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

**01.08. Gabriele Bücking**
**71 Jahre**

**04.08. Christel Lerch**
**70 Jahre**

**04.08. Doris Kügel**
**65 Jahre**

**05.08. Hans Buerhop**
**84 Jahre**

**06.08. Dieter Karasek**
**84 Jahre**

**07.08. Marga MIttag**
**92 Jahre**

**09.08. Helmut Aichele**
**84 Jahre**

**09.08. Roland Heumüller**
**78 Jahre**

**13.08. Günter Heumüller**
**78 Jahre**

**14.08. Graeme Cunningham**
**70 Jahre**

**14.08. Manfred Bruchner**
**76 Jahre**

**22.08. Ruth Wissmann**
**79 Jahre**

**23.08. Gabriele Döring**
**78 Jahre**

**25.08. Karl-Heinz Drechsler**
**72 Jahre**

**27.08. Gerald Seidl**
**65 Jahre**

**29.08. Renate Winter-Rehm**
**75 Jahre**

**30.08. Zafer Titiz**
**77 Jahre**

## Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

### Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

### Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

### Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

# „ERINNERUNGS- UND ZUKUNFTSORT HEIL- UND PFLEGEANSTALT ERLANGEN“ KOMMT VORAN

*VON GISELA NICLAS*

Mitte Juli konnten wir es alle in der Zeitung lesen: Die Ergebnisse des Architekt*innen-Wettbewerbs zum Projekt „Erinnerungs- und Zukunftsort Heil- und Pflegeanstalt Erlangen“ liegen vor. Auf einem langen und immer wieder von Kontroversen begleiteten Weg haben wir einen ganz wichtigen Meilenstein erreicht. Die Ergebnisse, zwei 2. Preise und ein 3. Preis, werben mit ihren Vorschlägen für eine prozess- und teilhabeorientierte Weiterentwicklung. Es liegen Ideen vor für die Gestaltung des ehemaligen Hupfla-Areals einschließlich der Gebäude und die Einbeziehung weiterer Orte in der ganzen Stadt. Der Freistaat ist nun offiziell „mit im Boot“. Eine Steuerungsstruktur in Verantwortung der FAU mit Professor Christoph Safferling, Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Völkerrecht an der Spitze zeichnet sich ab. Für mich ist das alles ein Super-Geburtstagsgeschenk!!! 10 Jahre ist es jetzt her, dass wir die Notwendigkeit der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Erlanger Geschichte zum Thema gemacht haben. Dr. Hans Ludwig Siemen, der sich seinerzeit bereits seit Jahren mit der Dokumentation der Euthanasiemorde befasste, hat im Rahmen seines Plädoyers für Inklusion beim Empfang zu meinem 65. Geburtstag die Befassung mit der Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt angemahnt. Daraufhin entstand auf Initiative der SPD in Zusammenarbeit mit Dr. Siemen und unserer Ehrenbürgerin Dinah Radtke ein Antrag, den alle Fraktionen im Erlanger Stadtrat unterzeichnet und im Januar 2015 einstimmig beschlossen haben. Das hat die Entwicklung in Ganz gesetzt, die jetzt, 2023, einen wichtigen Meilenstein erreicht hat. Es kommt jetzt darauf an, den Beteiligungsprozess zu organisieren, den „Erinnerungs- und Zukunftsort“ zu gestalten und für unsere Stadtgesellschaft erlebbar zu machen.

*Gisela Niclas, Fraktionsvorsitzende im Bezirkstag von Mittelfranken*

## *GEDENKEN GESTALTEN: BEZIRKSTAG BESCHLIEßT GEMEINSAMEN GEDENKTAG*

Ende letzten Jahres war bei einer Veranstaltung zu den Aktivitäten des Bezirks bei der Aufarbeitung der NS-Zeit der Wunsch nach einem Gedenktag für Erlangen an mich herangetragen worden. Im Februar hatten wir in der Stadtratsfraktion miteinander diskutiert, dass wir Kranzniederlegungen für eine überholte Form des Gedenkens halten. Wir sahen die Notwendigkeit, gemeinsam mit den Nachkommen der Opfer und weiteren Interessierten andere, gegenwartsbezogene Formen des Gedenkens zu entwickeln. Für die SPD-Bezirkstagsfraktion habe ich daraufhin einen Antrag an den Bezirkstag von Mittelfranken gestellt mit dem Ziel, für alle Standorte der Bezirkskliniken einen gemeinsamen Gedenktag zu entwickeln. Der Bezirksausschuss hat nun Mitte Juli ein beteiligungsorientiertes Konzept beschlossen. Dieses sieht den Dialog mit den Kommunen mit Standorten von Bezirkskliniken und anderen Partner*innen vor. Es sollen ein geeignetes Datum festgelegt und neue, gegenwartbezogene Formen des Gedenkens entwickelt werden. Dieses Vorhaben passt gut zum Ergebnis des Wettbewerbs und der künftigen Umsetzung. Es wird die Zusammenarbeit von Uni, Stadt und Bezirk konkretisieren. Antrag und Konzeption findet ihr auf der Homepage der Bezirkstagsfraktion www.spd-bezirkstag.de.

## *GEDENKEN IST WIDERSTAND GEGEN DIE GESCHICHTSLEUGNUNG VON RECHTS*

Der Bezirksjugendring z.B. hat bereits seine Beteiligung an dieser Art Gedenken zugesagt und es als Aufgabe in die Fortschreibung seines kinder- und jugendpolitischen Programms aufgenommen. Die Bezirkskliniken nehmen auf Anregung des Bezirkskulturreferats Informationen über die Euthanasiemorde und zeitgemäßes Gedenken daran in den Unterricht der Krankenpflegeschulen Ansbach und Erlangen auf. Dort geht es nicht nur um Ausbildung für medizinisch optimale Krankenversorgung, sondern auch um Vermittlung eines respektvollen Umgangs z.B. mit Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Erinnerung an die Krankenmorde der Nazis als Unterrichtsthema ist auf sehr interessierte und lebhafte Resonanz gestoßen. Diese Verknüpfung der Erinnerung an die Krankenmorde mit der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und menschenverachtenden Ideologien in der Gegenwart ist nicht nur dringend notwendige politische Bildung, sie ist gleichzeitig Widerstand gegen die Geschichtsleugnung von rechts.

# NEUES AUS DEM RATHAUS

## *DAS NEUE RATHAUSTELEGRAMM*

Liebe Leserinnen und Leser des Rathaustelegramms,

dass Erlangen eine lebenswerte Stadt ist, ist kein Selbstläufer. Dafür sind Prozesse, Entscheidungen und Mut notwendig. Gleich drei große Projekte, zu denen in den letzten Tagen Entscheidungen gefallen sind, stellen wir Ihnen in diesem Rathaustelegramm vor: den kostenlosen Busverkehr in der Innenstadt ab 2024, den Planungswettbewerb für das Umfeld von KuBiC und CEG sowie den erfolgten Spatentisch für das Stadtteilhaus West in Büchenbach.

Was in den drei Jahren der aktuellen Legislaturperiode von Seiten der SPD noch erreicht wurde, können Sie der Halbzeitbilanz entnehmen. Weiter unten steht, wie Sie zu der Broschüre und auch den Videos kommen.

Zu einer lebenswerten Stadt gehören auch Faktoren wie Zugang zu Energie als auch Schutz vor Auswirkungen des Klimawandels. Was dies besonders für Frauen und für Menschen in Notlagen bedeutet, wurde in zwei Workshops erörtert und an dieser Stellen zusammengefasst.

Bei all den Projekten ist zu beachten, dass demokratische Parteien sich engagieren und in demokratischen Prozessen Entscheidungen getroffen werden. Auch dies ist kein Selbstläufer. Mehr dazu am Ende des Rathaustelegramms.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Ihre SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

## *KOSTENFREIER BUSVERKEHR IN DER INNENSTADT*

**Bereits seit dem Januar 2022 ist die Kliniklinie in der Innenstadt kostenlos nutzbar. Dieses Angebot wird zum 01.01.2024 massiv ausgebaut:**

Ab dann ist der komplette Busverkehr in der Innenstadt zwischen Schwabach, Regnitz, Werner-von-Siemens-Straße und Zollhaus kostenlos. Gleichzeitig wird die Kliniklinie zur Citylinie erweitert und künftig auch die südliche Innenstadt mit dem Großparkplatz verbin-den. Die kostenfreie Innenstadtzone soll es attraktiver machen, das Auto künftig am Rand der Innenstadt abzustellen und sich dann zu Fuß und mit dem Bus durch die Innenstadt zu bewegen. Und auch für diejenigen, die bereits mit Bus oder Bahn zur Innenstadt kommen wird es leichter, unterschiedliche Orte in der Innenstadt aufzusuchen, ohne wieder ein Ticket lösen zu müssen.

Andreas Richter, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Die kostenfreie Innenstadtzone ist keine reine Tarifmaßnahme, um grundsätzlich kostenfreien ÖPNV anzubieten. Vielmehr wird die Innenstadt dadurch attraktiver, zugänglicher und leichter zu errei-chen. Menschen, die keine weiteren Strecken zu Fuß laufen können oder möchten, können künftig einfach in den Bus steigen und einige Haltestellen weit fahren. Damit bleibt der Innenstadtbesuch nicht mehr auf eine Ecke beschränkt, sondern es können leicht unterschiedliche Läden, Gastronomie oder Kulturangebote an verschiedenen Stellen der Innenstadt erreicht werden. Das stärkt die Attraktivität unserer Innenstadt und damit auch Handel, Gastronomie und Dienstleistung vor Ort!“

## *GUTES ENDE EINER FAST UNENDLICHEN GESCHICHTE: SPATENSTICH FÜR DAS STADTTEILHAUS BÜCHENBACH*

**Viele hatten den Glauben fast aufgegeben: Seit mehr als 25 Jahren war angekündigt, am Rudeltplatz in Büchenbach ein Stadtteilhaus zu bauen. Doch das Vorhaben wurde immer wieder verschoben, bereits angelaufene Planungen gestoppt.** Mitte Juni war es aber doch so weit: Der Spatenstich für das Stadtteilhaus fand statt. Unter Oberbürgermeister Florian Janik wurden seit 2014 die Planungen vorangetrieben. Nun erfolgt auch die Umsetzung.

Mit umfangreicher Bürgerbeteiligung wurde ein offenes Haus geplant, das zahlreiche Möglichkeiten für Angebote von Vereinen, der Volkshochschule, Jugendkunstschule, dem Amt für Stadtteilarbeit und weiterer Institutionen schafft, aber auch Platz für private Feiern bietet.

Erstmals wird in ein Stadtteilhaus außerdem eine Außenstelle der Stadtbibliothek einziehen. Rund 20 Millionen Euro wird die Stadt dafür investieren.

„Endlich entsteht der zentrale Treffpunkt für das westliche Büchenbach“, freut sich der selbst in Büchenbach wohnende SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Unser Ziel ‚Eine Stadt für alle‘ wird damit wieder einmal konkret. Denn es sind solche Häuser wie nun das in Büchenbach, in dem Menschen zusammenkommen, ins Gespräch kommen und damit Miteinander und Zusammenhalt entsteht.“

## *PLANUNGSWETTBEWERB FÜR DAS UMFELD VON KUBIC UND CEG*

**Nachdem sich die Baumaßnahmen für den KuBiC langsam der Fertigstellung nähern, wird nun die Entwicklung des Umfelds angegangen:**

Mit einem städtebaulichen Wettbewerb soll die Planung einer Sporthalle als Ersatz für die marode Sponselhalle, von Sportflächen, Pausenhof und Radabstellanlagen für das CEG und damit verbundenen eine Tiefgarage eingeleitet werden. Überplant werden dabei die bisherigen Freiflächen des CEG (Sportplatz, Pausenhof, Lehrerparkplatz) sowie die dortige Mensa und die Fläche des früheren Hallenbads Frankenhof.

„Wir nutzen mit dem Wettbewerb die Gelegenheit, gleich mehrere Probleme an dieser Stelle anzugehen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende und Planungssprecher Philipp Dees: „Wir schaffen Ersatz für die Sponselhalle und sichern damit Schul- und Vereinssport an dieser Stelle. Das unrunde Zusammenspiel von Denkmälern und späteren Zweckbauten kann endlich vernünftig geordnet werden. Mit der Verlagerung der Lehrerparkplätze in die Tiefgarage und der Fahrradabstellanlagen in ein mehrstöckiges Gebäude und den Einbezug der Hallenbadfläche schaffen wir gleichzeitig Erweiterungsmöglichkeiten für das CEG, Platz für die Freisportanlage und größere Freiflächen, die noch dazu entsiegelt werden können und damit attraktiver werden. Und die Tiefgarage bietet uns die Möglichkeit, die bisher in den umliegenden Straßen verteilten Parkplätze zu bündeln, damit Parksuchverkehr zu reduzieren, durch den Wegfall von oberirdischen Parkplätzen Möglichkeiten für Entsiegelung, Außengastronomie und mehr Barrierefreiheit zu schaffen und damit das ganze Quartier rund um Bohlenplatz und KuBiC aufzuwerten.“

## *KLIMAWANDEL UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT – ERLANGEN IN VORREITERROLLE*

**Klimawandel und Klimapolitik betreffen, wie alle anderen wichtigen Fragen, Frauen* und Männer* in unterschiedlicher Weise.**

Für die Klimafolgen in den Ländern des globalen Südens wurde dies schon seit einiger Zeit erkannt. Für Länder wie Deutschland und Städte wie Erlangen dagegen beginnt die Diskussion darüber gerade erst. Um dies voranzutreiben, hat die SPD-Fraktion einen Workshop der Stadt zu „Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit“ beantragt, der im Frühjahr unter Beteiligung verschiedener städtischer Ämter, von Stadtratsmitgliedern und Bürger*innen des Klimarats stattfand. Als Referentin hatten Gleichstellungsstelle und Umweltamt dazu Ulrike Röhr eingeladen, Gründerin des Netzwerkes genanet und Mitauto-rin des 4. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung.

Der Bericht zum Thema „Gleichstellung in der ökologischen Transformation“ wird derzeit erarbeitet. Röhr lobte Erlangen für seine Vorreiterrolle unter den deutschen Städten bei diesem Thema und bot einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu verschiedenen Aspekten des Klimawandels, bei denen sich die unterschiedliche Beteiligung und Betroffenheit von Frauen* und Männern* besonders deutlich zeigen. Bereits im Bereich von Werten und Einstellungen zum Klimawandel, in der Einschätzung von Risiken, aber auch beim Konsumverhalten (wie der Größe des Autos) ist dies deutlich erkennbar: Frauen* tragen durch ihr Verhalten in geringerem Maße zum Klimawandel bei. Körperliche Unterschiede führen dazu, dass Frauen* stärker unter Hitze leiden (noch verschärft während der Schwangerschaft). Todesfälle bei Hitzewellen treffen mehr Frauen* als Männer*. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die ihnen den Großteil der Aufgaben im Bereich Erziehung, Haushalt und Pflege zuweist, sind Frauen* jedoch stärker von energiepolitischen Maßnahmen betroffen, nutzen den öffentlichen Raum in anderer Weise und haben daher z. B. einen größeren Bedarf an Grünflächen, die Schutz vor Hitze bieten. Die nach wie vor bestehende Benachteiligung beim Einkommen führt dazu, dass Energie- und Mobilitätsarmut bei Frauen* deutlich häufiger zu beobachten ist.

Positiv fällt auf, dass die Umsetzung von Empfehlungen bei der Energieberatung häufiger erfolgt, wenn Paare beraten werden – was jedoch sehr oft nicht der Fall ist. Um diese und weitere Gender-Aspekte bei Klimawandel und -anpassung besser zu berücksichtigen, müssen zudem Frauen* stärker in die politischen Entscheidungen einbezogen werden – was nach wie vor viel zu wenig der Fall ist.

„In Erlangen hat die SPD-Fraktion durch die personelle Stärkung der Gleichstellungsstelle dafür gesorgt, dass auch beim Klima-Aufbruch die Perspektiven von Frauen* einbezogen werden. Der Workshop mit Ulrike Röhr war dazu ein erster Schritt. Wir werden darauf drin-gen, dass diese Diskussion in Verwaltung und Politik weiter vorangetrieben wird und bei-spielsweise bei der Gestaltung von Freiflächen und in der Verkehrspolitik die Bedürfnisse von Frauen* besser berücksichtigt werden,“ erklärte SPD-Gleichstellungssprecherin Barbara Pfister.

## *ENERGIEARMUT RECHTZEITIG ENTGEGENSTEUERN*

**Auf Einladung des Sozialreferats der Stadt Erlangen fand am 14. Juni im Rathaus unter dem Titel „Wenn Energie zu teuer wird“ eine Veranstaltung im Rahmen der Teilhabeberichterstattung statt.**

Eingeladen und gekommen waren Vertreterinnen und Vertreter aus der Wohnungswirtschaft und der Energieversorgung, aus der Sozialberatung, von den Wohlfahrtsverbände und der Sozialverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gruppen, Initiativen und Beratungsstellen sowie Interessensvertretungen, die sich für Bevölkerungsgruppen engagieren, die von hohen Energiepreisen besonders drastisch betroffen sind.

„Wir wollen und können nicht erst auf die nächste Krise warten. Wenn wir Menschen mit geringen und auch mittleren Einkommen dabei unterstützen wollen, bei hohen Energiepreisen noch mit dem Haushaltsbudget auszukommen, dann müssen wir uns heute Gedanken darüber machen, wie das gelingt. Dann müssen wir heute damit anfangen, Lösungen und Hilfen zu entwickeln, damit sie funktionieren, wenn sie notwendig werden,“ so Dieter Rosner, Sozialreferent der Stadt Erlangen in seiner Einführung. Wie eine bundesweite repräsentative Befragung durch die Unternehmensgruppe Creditreform Ende März 2023 zur Energiepreiskrise bei rund 1.000 Verbraucher*innen aufzeigt, gehen mehr als die Hälfte der Befragten davon aus, den Lebensstandard nicht halten zu können. Mehr als jeder oder jede Vierte gibt an, bereits negative Folgen für das eigene Haushaltsbudget zu erfahren.

„Wenn aktuell und in den nächsten Wochen die Energiekostenabrechnungen der Energieversorger in die Postkästen kommen, wird sich zeigen, ob und in welchem Ausmaß die Entlastungsmaßnahmen im Winter 2022/23 tatsächlich dämpfend gewirkt haben oder ob der „Nachzahlungsschock“ höher ist als erwartet,“ so Rosner.

Einkommensarme und armutsgefährdete Haushalte können wegen der anhaltend hohen Inflation schon jetzt Alltagsausgaben kaum noch stemmen. Für hohe Nachzahlungen haben sie keine Reserven. Auch Haushalte mit mittlerem Einkommen geraten zunehmend unter Druck.

„Zurzeit fallen die Energiepreise zwar wieder. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung. Laut Expert*innen wird Gas bis auf Weiteres etwa doppelt so teuer bleiben wie 2021, Strom rund 20 Prozent teurer. Und der nächste Winter kommt bestimmt. Die Energiekrise wird uns als Verbraucher*innen und Verbraucher, in der Politik, der Energie- und Wohnungswirtschaft, in der sozialen Arbeit und Beratung und in der Sozialverwaltung also auf jeden Fall weiter beschäftigen,“ ist sich der Erlanger Sozialreferent sicher.

Bei der Veranstaltung wurde in drei Arbeitsgruppen eingehender diskutiert, wie Menschen in Notlagen gezielt erreicht werden können, was aus der Energiekrise im Winter 2022/23 gelernt wurde und welche Schlussfolgerungen und Handlungserfordernisse daraus zu ziehen sind, um bei der nächsten Krise frühzeitig, passgenau und möglichst schnell und unkompliziert helfen zu können.
Klar wurde, dass es bereits eine Reihe von Beratungsangeboten gibt, die konkret weiterhelfen können: Eine gute Hilfestellung leisten zum Beispiel der Sozialpädagogische Dienst und die Energienotfallberatung der Stadt Erlangen, wenn es darum geht, pragmatisch und unbürokratisch zu unterstützen. Aber auch Beratungsstellen bei Wohlfahrtsverbänden, durch den Hausfrauenbund bzw. die Verbraucherzentrale oder die Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte durch die ESTW bieten wichtige Anlaufstellen, genauso wie die Schuldnerberatung der Caritas.

Angeregt wurde darüber hinaus eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Beratung und Information, niederschwellig, präventiv und aufsuchend vor Ort in den Stadtteilen verbessern sollen. Es sollten neue Ansätze versucht werden, Betroffene direkt anzusprechen und zu erreichen. Vorgeschlagen wurden zur Unterstützung bei Anträgen z.B. Lotsen für Ämter bzw. Ämterbegleitung, Anträge in einfacher Sprache sowie offene Sprechstunden, um die Kontaktaufnahme zu erleichtern. Als wichtig wurde auch eine gute und regelmäßige Vernetzung aller Akteure im Feld erachtet und vereinbart, gemeinsam weiter intensiv am Thema zu arbeiten.

**REDAKTIONSSCHLUSS**

für den nächsten Monatsspiegel September 2023

**25. August 2023**

# MIT LEIDENSCHAFT

*VON KLAUS HAMANN*

In keiner Erinnerung an Karl-Heinz Hiersemann fehlt die bewundernde Feststellung, dass er ein brillanter Redner war. In seinen Beiträgen in Landtagsdebatten fanden politische Leidenschaft und die Wucht des Wortes zusammen.

So setzte er klare Wegmarken für die Auseinandersetzung mit der Staatsregierung. Mit seinem Vorgänger im Amt des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Rothemund, trat er in einer Wahlkampagne „Gegen den totalen CSU-Staat!“ an. In Untersuchungsausschüssen klärte der gewiefte Jurist manches auf, was da faul war im schwarzen Filz. Klare Kante und absolute Kompromisslosigkeit zeigte Hiersemann gegen jede Form des Rechtextremismus – eine Haltung, die von keiner demokratischen Partei auch in Wahlkampfzeiten einem billigen Populismus geopfert werden darf.

Hiersemann soll jedoch nicht nur auf die Innenpolitik reduziert werden, auch wenn hier seine absolute Kompetenz lag. So ging er mit Helmut Rothemund daran, dem Umweltschutz in Bayern einen neuen Stellenwert zu geben. Auf energisches Drängen der SPD und gegen den anfänglichen Widerstand der CSU wurde der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in die Verfassung des Freistaats aufgenommen. Hiersemann stellte sich auf die Seite der Anti-Atomkraft-Bewegung und reihte sich in den Widerstand gegen die WAA ein.

Ganz vorn auf seiner Agenda als Sozialdemokrat stand immer die Auseinandersetzung um eine soziale Gesellschaft. „Damit´s gerechter zugeht!“ war der Slogan eines Wahlkampfs, wo er als Spitzenkandidat x Gespräche mit Sozialorganisationen oder z.B. mit Erzieherinnen führte. Übrigens suchte er auch immer wieder die Diskussion mit Landwirten über ihre soziale Lage oder ökologische Themen.

Ein interessantes Kapitel in seiner politischen Vita waren die innerdeutschen Beziehungen. Wir müssen im Gespräch bleiben, war seine Überzeugung. Bei seinen Einladungen in die DDR und bei dem 1. deutsch-deutsch Umweltsymposium in Bayreuth, das er initiiert hatte, gelang es ihm mit der ihm eigenen Sensibilität eine erstaunliche Offenheit bei manchem Vertreter der „anderen Seite“ zu finden.

Und der Höhepunkt seiner „Parteikarriere“ – das war der Vorsitz des SPD-Bezirks Franken. Hätte man Karl-Heinz nach seiner Heimat gefragt, wäre für den Abgeordneten des Bayerischen Landtags die Antwort natürlich gewesen: Franken – mit Erlangen als Mittelpunkt des fränkischen Kosmos.

# KRANZNIEDERLEGUNG FÜR KARL-HEINZ HIERSEMANN

Gemeinsam haben wir uns mit einer Kranzniederlegung am 16. Juli an Karl-Heinz Hiersemann erinnert. Er war ein Streiter für unsere Demokratie im Stadtrat, im Landtag, in der SPD, vor Ort in Erlangen.

*Impressionen von der Kranzniederlegung am Grab von Karl-Heinz Hiersemann.*

# JUSO-NACHTINFOSTAND MIT „PIZZA & POLITIK“

*VON SOPHIA WALDMANN*

Die inzwischen schon lange Tradition der Juso-Nachtinfostände Samstagabend auf dem Hugo führen wir auch dieses Jahr fort! Ein besonderes Highlight war die Verbindung mit „Pizza & Politik“ mit MdB Martina Stamm-Fibich als Programm der Bundestagsfraktion, junge Menschen für Politik zu interessieren. Dabei irrt sich, wer denkt, junge Menschen auf dem Weg zum Feiern würden nur kostenloses Merch abgreifen. Einen Nachtinfostand ohne tiefgehende politische Diskussionen haben wir eigentlich noch nicht erlebt - und meistens sind sie dazu auch noch ziemlich nett. Ab September machen wir weiter, und wer bei uns vorbeischauen will ist auch als Genoss*in oberhalb der Juso-Grenze herzlich willkommen!

*„Pizza & Politik“ mit unseren Kandidat*innen Sophia Waldmann und Philipp Dees.*

# „SPD-KANALFLÖHE“ AUF RANG 7

*VON CHRISTIAN STIEGLER*

Wir gratulieren dem Team „Kanalflöhe“ zum 7. Platz in der Staffel beim Erlanger Triathlon. Unser Oberbürgermeister Florian Janik schwamm voran und übergab nach 31 Minuten als 15. an Stadtrat Andi Bammes. Dieser ließ es auf der 44 km langen Radstrecke richtig Vollgas und erreichte die zweitbeste Radzeit. Zum Schluss lief unser Monatsspiegel-Referent und Eltersdorfer Ortsbeirat Christian Stiegler die sechstbeste Laufzeit auf der 10,5 km Strecke und brachte die Staffel nach Hause. Gemeinsam liefen die drei „Kanalflöhe“ über die Ziellinie im Schlossgarten.

Die gesamte Veranstaltung war wieder einmal hervorragend vom TV 1848 Erlangen organisiert und der Zieleinlauf im Schlossgarten hat dem ganzen noch einmal die Krone aufgesetzt. Die Erlanger*innen strömten zum Anfeuern in die Innenstadt und feierten den Sieger genauso wie den Letzten. Dies schreit nach einer Wiederholung im nächsten Jahr, vielleicht ja dann mit zwei SPD-Staffeln...?!?!

*Die „Kanalflöhe“ beim Zieleinlauf im Schlossgarten*

*Medaillen für die „Sieger“: Andi, Christian und Floh*

# DEUTSCHER „RITTER VON DER SCHWARZEN NULL“

## *DAS KESSELTREIBEN DER CDU/CSU GEGEN OLAF SCHOLZ UND DER WAHRE SCHULDIGE!*

*VON STEFAN BARTH*

Dr. Wolfgang Schäuble ist bereits früher dadurch aufgefallen, dass er in Finanzsachen ein Versteckspiel betreiben konnte, also keine gute Voraussetzung für den Posten eines Finanzministers mitbringen würde. Ihm konnte nämlich nachgewiesen werden, dass er als Fraktionsvorsitzender der CDU am 10. Januar 2000 eine Spende über 100.000 DM vom Waffenhändler Karl-Heinz Schreiber erhalten hatte. Man weiß allerdings immer noch nicht wofür. Als die Spende entdeckt wurde, konnte sich Schäuble nicht mit der Schatzmeisterin der CDU einigen, weil sie ihrerseits nun auch behauptete, das Geld erhalten zu haben. Dieser Streit konnte auch vor dem Untersuchungsausschuss und vor Gericht nicht geklärt werden, weil jede(r) bei der eigenen Behauptung blieb. Vielleicht hat ja tatsächlich jeder Recht, das könnte die Sache nur vereinfachen: Es würde bedeuten, dass beide 100.000 DM vom Waffenhändler bekommen hätten, d.h. es müssten somit sogar 200.000 DM in die CDU-Kasse geflossen sein!

Deutschland selbst verfügt – nicht zuletzt dank des früheren Finanzministers Wolfgang Schäuble - über einen guten Ruf bei allen multinationalen Konzernen und anderen Reichen, die nur ungern Steuern zahlen. Schäuble hat Erfahrung mit dem Verstecken von Geld. Im Zusammenhang mit „Schwarzen Kassen“ der CDU - u.a. in Liechtenstein - musste er im Jahr 2000 von seinem Vorsitz als Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag zurücktreten. So viel zur Vorgeschichte.

Deutschland selbst verfügt – nicht zuletzt dank des früheren Finanzministers Wolfgang Schäuble – über einen guten Ruf bei allen multinationalen Konzernen und anderen Reichen, die nur ungern Steuern zahlen. Schäuble hat Erfahrung mit dem Verstecken von Geld. Im Zusammenhang mit „Schwarzen Kassen“ der CDU – u.a. in Liechtenstein – musste er im Jahr 2000 von seinem Vorsitz als Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag zurücktreten. So viel zur Vorgeschichte.

Um die steuerliche Benachteiligung von Unternehmen mit grenzüberschreitenden Aktivitäten zu vermindern, sind zwischen vielen Ländern Abkommen zur Reduzierung der Doppelbesteuerung vereinbart worden. Diese basieren in der Regel auf dem Musterabkommen der OECD. In einer digitalen Welt reichen die bisherigen bilateralen Doppelbesteuerungs- und Informationsaustauschabkommen jedoch nicht mehr aus. Es müssten international einheitliche Standards gelten. Und nicht nur das. Auch die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wie viele Arbeitnehmer ein Konzern wo weltweit beschäftigt, welche Umsätze er macht und wie viele Steuern er dafür im jeweiligen Land bezahlt. Dazu hat das EU-Parlament den Beschluss gefasst, in den einzelnen Ländern Unternehmensregister einzuführen, damit dort die Gewinne versteuert werden, wo diese erwirtschaftet werden.

In der EU gibt es jedoch Länder, die zu Steueroasen für Unternehmensgewinne geworden sind:

| | |
|---|---|
| Rumänien | 16% |
| Lettland | 15% |
| Litauen | 15% |
| Zypern | 12,5% |
| Irland | 12,5% |
| Bulgarien | 10% |
| Ungarn | 9% |

Zum Vergleich: BRD etwa 30%.

Multinationale Unternehmen zahlen weniger Steuern, weil sie Anwälte und Steuerberater in großen, international tätigen Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzleien wie PricewaterhouseCoopers, Ernst & Young, Deloitte oder KPMG haben. Eine ganze Finanzindustrie hilft den Multis die Unternehmenssteuer zu reduzieren bzw. zu vermeiden und leistet Beihilfe beim Steuerbetrug. Auf ihren Internetseiten werben sie sogar für „Maßnahmen zur Optimierung von Steuerzahlungen von Großkunden“.

Richard Murphy, Professor für internationale politische Ökonomie an der City University of London, sieht in der Steuerhinterziehung eine Gefahr für die Demokratie.

Diese Steuerflüchtlinge kosten die EU schätzungsweise jährlich 1000 Milliarden Euro. Im Moment ist die Situation in Deutschland sogar so, dass mittelständische Unternehmen im Verhältnis mehr Steuern zahlen als Konzerne. Deshalb müssten mittelständische Unternehmen entlastet und die Konzerne stärker steuerlich belastet werden bzw. es muss ein Steuerbetrug der Konzerne verhindert werden.

Der Missbrauch bei der Steuervermeidung kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn Presse und Öffentlichkeit Druck auf den Gesetzgeber ausüben damit die Gesetze verschärft werden. So haben deutsche und internationale Medien mit den „Paradise Papers“ 2016 zum dritten Mal aus ursprünglich vertraulichen Unterlagen Personendaten zu Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen und zu riskanten Geschäftsbeziehungen veröffentlicht. Zuvor kamen im Frühjahr 2016 die „Panama-Papers“. Sie schlugen die höchsten Wellen. Danach im Herbst die Bahamas-Liste. In Deutschland sind die „Süddeutsche Zeitung“ sowie die Sender NDR und WDR an den Enthüllungen beteiligt. Die „Panama-Papers“ waren Unterlagen der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack Fonseca, die von Journalisten weltweit ausgewertet wurden. Aus ihnen ging hervor, dass auch zahlreiche Politiker, Sportler und andere Prominente Vermögen in Offshore-Firmen hielten. Es muss also verhindert werden, dass Unternehmen wie Privatpersonen die Gewinne von einem Land, wo sie erwirtschaftet wurden, in ein anderes Land

mit niedrigeren Steuersätzen verschieben können. Deshalb müssen die Steuergesetze, die zu einer ungerechten Steuervermeidung führen, abgeschafft werden. Es gibt schon EU-weit Bemühungen für alle Unternehmen die gleichen Steuersätze geltend zu machen, aber es scheitert am Willen einzelner EU-Länder, die aus der Steuervermeidung Profit machen. Wegen der Bedingung zur Einstimmigkeit können in der EU deshalb keine Reformbeschlüsse gefasst werden. Dazu müsste in der EU in Zukunft die Regel zur Einstimmigkeit geändert werden. Es kann nicht sein, dass ein Land wegen der Einstimmigkeit den Willen aller anderen Mitglieder aushebeln kann. Man könnte die Regelung mit einer Zweidrittelmehrheit gesetzlich einführen.

Der ehemalige Bundesfinanzminister hatte ein großes Ansehen in Deutschland, weil er die Finanzen der Bundesrepublik streng überwachen würde und sogar riesige Summen eingespart hätte und weil er für den Bundeshaushalt auf der „schwarzen Null“ bestanden hat. Schauen wir mal genauer hin: Als Schäuble 2009 sein Amt antrat, lagen die Fehlbeträge der öffentlichen Haushalte zwischen drei und vier Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung und die Staatsschulden bei 80 Prozent. Acht Jahre später gab es Überschüsse von einem Prozent im jährlichen Haushalt und die Gesamtschuldenquote sank auf unter 70 Prozent. Was war geschehen? Die Konjunktur ist nach der Finanzkrise von 2008 angesprungen, es gab mehr Arbeitsplätze und weniger Arbeitslose, die Sozialbeiträge waren gesunken, die Unternehmen haben gut verdient und es sprudelten die Steuererträge. Das hatte einerseits mit Europas Zentralbank zu tun, die den Leitzins auf fast null Prozent senkte, weil es in den Euroländern wirtschaftlich kriselte und andererseits deshalb, weil die Anleger sich in deutsche Staatsanleihen flüchteten. Die deutschen Zinsausgaben des Staates waren inzwischen von 2,5 auf 1,2 Prozent gesunken und der Staatshaushalt war dadurch um Milliarden entlastet worden. Dafür konnte aber Bundesfinanzminister Schäuble nichts. Es ist ihm einfach in den Schoß gefallen.

Die EU-Kommission hatte einen guten Vorschlag zur Verhinderung von Steuerhinterziehung gemacht: Die international tätigen Unternehmen mit einem Jahresumsatz mit mehr als 750 Millionen Euro sollten gezwungen werden ihre internationalen Steuerdaten im Internet zu veröffentlichen. Aber da machten die Niedrigsteuerländer nicht mit. Deutschland mit seinem Ressortchef Schäuble bildete mit noch zwölf Ländern die Ablehnungsfront, darunter auch Irland, Zypern, Luxemburg und Estland. Einer der Hauptbremser gegen die Steuerflucht der Konzerne war also Deutschland mit Finanzminister Schäuble. Er war gegen die Offenlegung der Daten der Konzerne, wie Umsatz, Beschäftigungszahlen, entrichtete Steuer, nach denen man hätte feststellen können, ob ein Unternehmen angemessen seine Steuern bezahlt. Eine Offenlegung würde angeblich gegen das Bankgeheimnis verstoßen.

Die aktuelle Kritik richtet sich allerdings weniger gegen alltägliche Steuerplanung oder dagegen, dass Unternehmen auf steuerliche Anreize für Investitionen reagieren. Die Kritik konzentriert sich auf Fälle, in denen Gesetzeslücken gezielt und gegen die Absichten des Gesetzgebers genutzt werden und ein krasses Missverhältnis zwischen vermuteten „realen“ Unternehmensgewinnen und Steuerzahlungen entsteht. Derartige Fälle zu diagnostizieren, ist nicht ganz einfach. Wenn ein Unternehmen hohe Umsätze in einem Land erzielt, heißt das noch nicht, dass es dort auch jedes Jahr Gewinne macht. Bei dauerhafter Präsenz mit Nullgewinnen liegt allerdings schon die Vermutung nahe, dass etwas nicht stimmt.

Nach Herrn Schäuble müssten die Konzerne ihre Gewinne demnächst trotzdem nach Ländern aufschlüsseln aber nur den Steuerbehörden melden. Die Daten würden dann bei den Finanzämtern bleiben und die Öffentlichkeit wüsste dann nach wie vor nicht was mit den Daten geschieht. Eigentlich weiß auch Herr Schäuble, dass der Manipulation der Steuerdaten damit Tür und Tor geöffnet sind. Aus welchem Grund sollten die Länder, die am Informationsaustausch teilnehmen, wie z.B. Panama, richtige Zahlen abliefern, wenn es öffentlich nicht nachprüfbar ist? Es bliebe ja alles geheim. Die Enthüllungen der „Panama-Papers“ haben es ans Tageslicht gebracht: Panama hilft Konzernen und Vermögenden massiv, die Allgemeinheit um Milliardenbeträge zu prellen. Doch nun haben die Finanzminister im EU-Rat ausgerechnet Panama und sieben weitere Länder von der schwarzen Liste der Steueroasen gestrichen. Warum? Was lief da hinter den Kulissen? Der Rat schweigt dazu.

Auf den Vorschlag von Peer Steinbrück und der SPD, den Banken, die Beihilfe zum Steuerbetrug leisten, die Lizenz zu entziehen, lehnte Schäuble ebenso ab. Dabei war er selbst beim Umgang mit den Banken zu nachlässig. Hatte er Angst vor der Bankenlobby? Jedenfalls musste er die Frage beantworten, warum er komplizierte Wertpapierdeals beim „Cum-Cum-Geschäften“ der Banken nicht unterbunden hatte, obwohl seine Mitarbeiter von den umstrittenen Geschäften spätestens seit 2010 wussten, aber der Finanzminister es erst Ende 2015 halbherzig unterband. Das geht aus einer Mail des Bundesfinanzministeriums hervor, die dem Stern vorliegt. Darin wies ein Beamter auf die einschlägige Gesetzeslücke hin und machte Vorschläge, um diese Gesetzeslücke zu schließen. Geschehen ist seitens des Finanzministers Schäuble nichts.

Worum geht es bei den sogenannten Cum-Cum-Geschäften? Ausländische Firmen können sich bei diesem Geschäft Steuervorteile sichern indem deutsche Konzerne jedes Jahr Dividende ausschütten, für die ausländische Aktionäre Kapitalertragssteuer von 15% zahlen müssten. Sie nutzen dabei eine Gesetzeslücke aus. Denn die inländischen Banken zahlen diese Steuer nicht und können eine Gutschrift bei ihrem Finanzamt beantragen. Bevor die Dividende fällig wird, verleihen ausländische Firmen ihre Papiere an inländische Institute. Diese kassieren die Dividende, holen sich die Steuergutschrift, leiten die Papiere ins Ausland zurück, und am Ende teilen sich beide Parteien den Gewinn. So sollen einige Banken, darunter die Commerzbank

und die Hypo-Vereinsbank, die Allgemeinheit geschädigt haben. Dabei mussten während der Finanzkrise die Commerzbank und die Bankeinlagen ihrer Sparer durch Steuergelder vor der Pleite gerettet werden. In den Cum-Cum-Geschäften geht es um sehr viel Geld und nicht um die Moral. Aber inzwischen haben die Banken auch zunehmend ein Imageproblem, wenn sie sich unmoralisch verhalten. Die Öffentlichkeit nimmt sie seit der Finanzkrise zunehmen als Spekulanten und Betrüger war, denen man sein Geld ungern anvertrauen möchte.
Der grüne Finanzexperte Gerhard Schick schätzt, dass der Schaden für den Staat in den letzten fünf Jahren durch Cum-Cum-Geschäfte bis zu fünf Milliarden Euro jährlich betragen hat. Auch der Wirtschaftsprofessor an der Universität Mannheim, Christoph Sprengel, schätzt den Schaden auf fünf bis sechs Milliarden Euro pro Jahr. Der Verlust von insgesamt 20 bis 25 Milliarden Euro ist bis heute nicht eingetrieben worden. Das vom Finanzminister Schäuble erfolgte Rundschreiben an die Finanzämter enthält so viele Ausnahmen, dass die meisten Altfälle nicht betroffen sind. Dafür trägt Schäuble die volle Verantwortung. Er war nicht die Lösung des Problems, sondern ein Teil des Problems. Normalerweise müsste ein Minister für solche Fehler, die den Staat und damit die Allgemeinheit um Milliarden schädigen, seinen Hut nehmen. Aber das waren ja nicht die einzigen Fehler von Schäuble. Auch die Konzerne, die ihre Gewinne in Steueroasen transferierten hat er geschont. Mit diesen Milliarden, schätzungsweise 17 Milliarden Steuervermeidungstransfers jährlich (nach Berechnungen des französischen Ökonomen Gabriel Zucman), hätte man Griechenland spielend unter die Arme greifen können, statt als strenger Finanzminister die Unterstützung abzulehnen. Leider wurde er für seine harte Handlung in der Öffentlichkeit eher noch gelobt als getadelt.
Wolfgang Schäuble, Politiker der CDU Deutschland, war seit 2017 Präsident des Deutschen Bundestages. Er hat gemäß dem Inlandsprotokoll der Bundesregierung das zweithöchste Staatsamt inne. In Deutschland ist so etwas dank der CDU/CSU möglich.

## BRIEF AN BUNDESPRÄSIDENT STEINMEIER

Sehr verehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,
werter Genosse Frank-Walter,

als „gleichaltrige“ Parteigenossen wenden wir uns, die AG 60+ des Kreisverbands Erlangen, in einem persönlichen Brief an Dich. Sowohl als Parteigenossen, als auch in Deiner Funktion als amtierender Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland: in zweiter Amtszeit repräsentierst Du unser höchstes Staatsamt.
Nun überschattet Deine, nennen wir es „Befangenheitserklärung“ zur Lieferung von Streumunition an die Ukraine, Deine Amtsführung.
Gerade von Dir, der Du für die Bundesrepublik Deutschland am 8.7.2009 die Oslo-Konvention* zur Ächtung von Streumunition ratifiziert hast, haben wir erwartet, dass Du mit vollem persönlichem Einsatz die Durchsetzung der daraus resultierenden Agenda unterstützen würdest. Stattdessen steht nach Deinem -in unseren Augen skandalösen, weil fahrlässigen- Satz man könne den USA „nicht in den Arm fallen“ die Bundesrepublik Deutschland zum zweiten Mal im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine als nicht verlässlicher Vertragspartner auf „offener Bühne“. Kein Rückgrat bei Minsk 2, kein Rückgrat beim Oslo-Übereinkommen.
In Verbindung mit unserer Chefdiplomatin im Außenministerium ergibt das einen Totalausfall Deutschlands als Stimme der Vernunft in vitalen Menschenrechtsangelegenheiten. (und dass, obwohl Frau Baerbock persönlich eine ablehnende Haltung zur Lieferung von Streumunition eingenommen hat!).
Deutschland entlarvt sich damit selbst als kaum mehr ernst zu nehmender und nur mit größter Vorsicht zu genießender Verhandlungspart auf internationalem Parkett. Verhindern lässt sich die Auslieferung und Nutzung dieser bestialischen Waffen schon nicht mehr, da wurden, praktisch über Nacht, bereits Fakten geschaffen.
Geschaffen werden aber müsste:
• keine Transit- und Transporterlaubnis für Streumunition auf deutschem Boden.
• keine weitere Lieferung geeigneter Abschussvorrichtungen und Trägersysteme mehr (z.B. von Panzerhaubitzen), so fordert es die Oslo-Konvention.
• Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung bei Gleichbehandlung aller Kriegsparteien.
• Druck auf die Bundeswehr, die eigenen „Rest“bestände an Streumunition endlich aufzulösen.
• Druck auf den Partner USA und weitere internationale Akteure, der Konvention über Streumunition CCM beizutreten.
• Druck auf alle Kriegsparteien, diese Waffe im Namen der Menschlichkeit nicht mehr anzuwenden.
• Druck auf die USA, ihre völkerrechtswidrigen Aktivitäten von Militärbasen auf deutschem Boden aus, umgehend zu beenden. (z.B. die Drohnenrelaisstation Ramstein).
• Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland, am besten aus ganz Europa.
Wir fragen uns, was Dich bewogen haben könnte, Dich gegen den Geist der Oslo-Konvention zu positionieren und somit den Ruf Deutschlands als ernst zu nehmenden internationalen Makler im Kreis der UN erheblich und wahrscheinlich langfristig zu beschädigen. Kein Zweck „heiligt“ unmenschliche Mittel!
Für eine Friedensdiplomatie, die diesen Namen verdient.

Monika Fath-Kelling
Vorsitzende der AG 60+ im Kreisverband Erlangen

# ANMERKUNGEN ZU DEM BEITRAG VON MONIKA FATH-KELLING UND HELMUT AICHELE – „BRIEF AN ROLF MÜTZENICH ZU AIR DEFENDER 2023“ IM MONATSSPIEGEL JULI 2023

*VON DIETER ROSSMEISSL*

Liebe Monika, lieber Hem,

euern „Brief an Rolf Mützenich zu Air Defender 2030“ habe ich mit Interesse gelesen. Da ihr darin den Eindruck erweckt, „wir von 60+ Erlangen“ seien uns in dieser Bewertung einig, sind einige Anmerkungen dazu angebracht.

Ihr schreibt: „Abschreckung ist keine Friedenspolitik.“ Was ist aber dann in der jetzigen Lage Friedenspolitik, wenn nicht, einen Aggressor vor weiteren Aggressionen abzuhalten? Wir haben mit Putins Russland einen Aggressor, der mal eben ausprobieren wollte, was passiert, wenn er ein Nachbarland überfällt, um ihm Gebiete abzunehmen (weil die früher einmal zur Sowjetunion gehört haben) und im Rest-Staat eine ihm willfährige Regierung einzusetzen. Wenn ihm das gelingt, sehen sich auch andere Staaten bedroht, die eine ähnliche Geschichte haben. Dabei sind Finnland, die baltischen Staaten und Moldawien nicht die einzigen, die sich dieser Gefahr ausgesetzt sehen. Was sollte Putin davon abhalten, dasselbe wie bei der Ukraine auch dort zu versuchen, wenn ihm nicht deutlich gemacht wird, dass das Verteidigungsbündnis – und nur das ist die NATO – willens und fähig ist, ihn von solchen Versuchen abzuhalten? Diese Abschreckung sichert den Frieden weit eher als die Demonstration von Handlungsunfähigkeit, die dem imperialistischen Traum von alter Sowjetgröße nichts entgegenzusetzen hat. Gespräche (die ja stattfinden) sind keine Alternative zur Abschreckung, sondern deren notwendige Ergänzung.

Fatal finde ich euere Aussage, in der Ukraine laufe ein „Stellvertreterkrieg gegen die Russische Föderation“. Habt ihr wirklich nicht mitbekommen, dass hier ein Abwehrkrieg gegen den russischen Angriff auf einen souveränen Staat erfolgt? Nicht die NATO führt Krieg gegen Russland, sondern Russland hat einen Krieg gegen ein anderes Land begonnen. Andere Länder unterstützen dessen Kampf um den Erhalt seiner völkerrechtlich anerkannten Souveränität dadurch, dass man es in die Lage versetzt, sich verteidigen zu können. Da kann es auch keine „Missverständnisse“ geben, wie ihr befürchtet. Im Gegenteil: Die Botschaft ist klar (wie ihr selbst es beschreibt): Wir werden im Verbund von über 30 Staaten keinen Angriff auf unser Gebiet oder das unserer Verbündeten zulassen und sind auch in der Lage, das sicherzustellen.

Wie ihr zu der Vermutung kommt, die F16 (an deren Lieferung sich die Bundesregierung nicht beteiligt) sei „eher zum Angriff als zur Verteidigung konzipiert“, bleibt wohl euer Geheimnis. Die F16 ist ein Mehrzweckkampfflugzeug wie die meisten kleineren Maschinen, das als Aufklärer, Abfangjäger und Jagdbomber eingesetzt werden kann. Die ersten beiden Aufgaben sind primär defensiv, die letztere hängt vom Einsatz ab, ohne dass die Kategorien so einfach zu trennen wären. Ist die Bombardierung einer gegnerischen Nachschublinie oder eines gegnerischen Militärflugplatzes offensiv oder defensiv? Beides schützt jedenfalls eigene Soldaten und Zivilisten. Die Zeiten allzu einfacher Kategorien sind schon lange vorbei.

Dass ihr euch bei dem gesamten Beitrag auf eine Anfrage der „Linken“ bezieht, in deren Reihen offen der Austritt aus der NATO gefordert wird, und fragt, warum die SPD nicht dasselbe getan hat, ist eher peinlich. Dass die SPD sich so nicht verhält, sondern im Bündnis vielmehr auf eine klare, unaufgeregte Haltung drängt, die dessen defensive Ziele unterstützt, sollte vor dem genannten Hintergrund nicht verwundern. Es spricht für die kluge Politik, die unser Bundeskanzler wie sein Verteidigungsminister und auch die Fraktion seit Beginn des russischen Angriffs verfolgen.

Ich freue mich, dass wir in der SPD kontroverse Meinungen zu so wichtigen Fragen offen und engagiert diskutieren; das ist ein wesentliches Stück der Stärke unserer Partei (über Wahlumfragen hinaus). Deshalb bedauere ich auch die ausbleibende Antwort aus Berlin, die ihr beklagt. Aber die Bereitschaft zur Kritik schießt auch die Bereitschaft zum Kritisiert-werden ein.

Ich freue mich auf die nächste Sitzung der AG 60+ und anderer Gremien.

Mit freundschaftlichen Grüßen
Dieter Rossmeissl

# DISKUSSION MIT EINEM GENOSSEN UND ERDOĞAN-UNTERSTÜTZER

## *BERICHT VON DER DISTRIKTVERSAMMLUNG IN TENNENLOHE AM 12.07.2023*

*VON ROLF SCHOWALTER*

Wir hatten Adem Karadeniz zu Gast, der bis ca. 2020 in Tennenlohe gewohnt hat und (passives) Mitglied im Distrikt war. Er ist dann mit seiner Familie ins Nürnberger Land gezogen und hat sich dem dortigen OV angeschlossen. Wir hatten ihn aus den Augen verloren, aber zufällig über Facebook wieder Kontakt aufnehmen können. Dabei wurde auch deutlich, dass er eine eigene Sicht auf die Situation und die Abläufe in der Türkei hat.

Geboren ist Adem an der türkischen Schwarzmeerküste, aber im Alter von 4 Jahren mit der damals noch kleinen Familie von seinem Vater, der schon als Gastarbeiter in Deutschland tätig war, nachgeholt worden. Adem ist in Eltersdorf aufgewachsen und wurde dort gut integriert. Mit 14 Jahren machte er eine Lehre bei Siemens und hat sich im Betrieb hochgearbeitet, war oft im Ausland und feiert demnächst sein 40igjähriges Jubiläum als Siemensmitarbeiter. Vor ein paar Jahren hat er die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Er spricht völlig akzentfrei deutsch, hat aber festgestellt, dass man ihm in letzter Zeit zunehmend wegen seiner Herkunft bzw. wegen seines Namens mit Skepsis, ggf. sogar mit Ablehnung, begegnet. In einer sehr intensiven und sachlich geführten Diskussion wurden grundsätzliche Unterschiede deutlich und manch neue Aspekte könnten dazu führen, dass wir den einen oder anderen Sachverhalt neu bewerten und bisherige Einschätzungen evtl. sogar revidieren müssten.
Unbestritten ist, dass der letzte Wahlvorgang (Präsidentenwahl in der Türkei) als solcher ím Gegensatz zu früheren und zum Verfassungsreferendum tatsächlich korrekt abgelaufen ist, aber nur der Wahlvorgang selbst. Während wir die neue Verfassung als demokratischen Rückschritt einstufen, wird sie von der türkischen Community nach Einschätzung von Adem weitgehend befürwortet. Ebenso wird Erdoğan als starker Repräsentant angesehen, der das Selbstbewusstsein der Türkei verkörpert und dem Land und seinen Bewohnern zu internationalem Ansehen verhilft.

Adem ist stolz darauf, dass Erdoğan das Land wirtschaftlich vorangebracht hat, auch die Infrastruktur sei erheblich verbessert worden. Für die ersten 10 bis 15 Jahre seiner Amtszeit scheint dies ja auch tatsächlich zutreffend zu sein. Unser Einwand, dass es in den letzten Jahren um die Wirtschaft wohl nicht so gut bestellt sei, wird von Adem nicht akzeptiert, auch die grassierende Inflation wird nicht als Problem gesehen. Und bei der Einschätzung der Meinungs- und Pressefreiheit gehen die Meinungen weit auseinander.

Auch in Deutschland, so argumentiert Adem, sei es um die Meinungsfreiheit nicht sonderlich gut bestellt, was uns zunächst mal den Atem verschlägt. Der Vorwurf zielt allerdings auf die Darstellung der türkischen Verhältnisse in unseren Medien und da meint Adem, werde ein verzerrtes Bild gezeichnet. Da werde nicht korrekt berichtet und die Bewertung der Kurden und der PKK sei völlig inakzeptabel. Und in der Tat: wir sehen die Kurden als Freiheitskämpfer, die ein freies Kurdistan anstreben und dies auch mit Gewalt durchsetzen wollen. Die Ursache des Konflikts liegt in der Grenzziehung in Nahost nach dem 1. Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanischen Reiches, der Grenzziehung, die von Briten und Franzosen auf dem Papier vorgenommen worden ist ohne Berücksichtigung der kurdischen Interessen. Von Adem und der türkischen Community werden die Kurden als Terroristen gesehen, die mit Terroranschlägen gegen unschuldige Türken (s. Anschläge im Herzen von Istanbul etc.) vorgehen.

Auch Fethullah Güllen wird als Feind gesehen, der alle Bereiche von Militär und Gesellschaft unterwandert hat mit dem Ziel, die Herrschaft an sich zu reißen. Er sei als eine Art von Sektenführer einzustufen.

Gegen beide feindliche Gruppierungen mit aller (in unseren Augen unmenschlichen und brutalen) Härte vorzugehen, hält Adem nicht nur für legitim, sondern für absolut notwendig. In diesem Sinne relativiert er auch die Rolle der (in unseren Augen Erdoğan-abhängigen) Justiz. Völlig überzogene und brutale Übergriffe auf Personen, die mit beiden Gruppierungen nichts zu tun haben, die Nichtbeachtung sämtlicher Menschenrechte werden als Kollateralschaden bewertet.

Kemal Kılıçdaroğlu, der Gegenkandidat gegen Erdoğan bei der letzten Präsidentenwahl, wird von Adem als Vertreter der türkischen Aleviten bezeichnet. Es handelt sich bei den türkischen Aleviten um eine schiitische Gruppierung, die Atatürk und seine Konzeption des laizistischen Staats unterstützt hat und in der Türkei bei der durch Erdoğan durchgeführten Re-Islamisierung ins Hintertreffen geraten ist. Dieser Aspekt ist für uns neu.

Fazit ist, dass es in der Türkei politische und religiöse Verwerfungen gibt und dass sich unterschiedliche Gruppierungen unversöhnlich gegenüberstehen und sich mit großer Härte bekämpfen.

Ob Istanbuls Bürgermeister Ekrem Imamoğlu, der recht populär ist, sich gegen die massiven Angriffe von seiten Erdoğans behaupten kann und sein Nachfolger werden und das Land befrieden könnte, bleibt abzuwarten.

An den
Parteivorstand der SPD
zur Kenntnis der **Antragskommision zum anstehenden Bundesparteitag**.

Willy-Brandt-Platz 1
xxxxx Berlin

Erlangen, xx.xx.xxxx

Begleitschreiben zu unseren Anträgen 1 und 2 zum anstehenden Bundesparteitag

Zum letzten Bundesparteitag wurden von uns und weiteren Untergliederungen die Anträge 1 und 2 in ähnlicher Form bereits mehrfach gestellt. Sie wurden damals an eine "Arbeitsgruppe" überwiesen; später wurde dann vermerkt diese Anträge seien "erledigt durch Koalitionsvertrag". Ein befremdlicher Vorgang.

**Das Anliegen dieser Anträge ist so grundsätzlicher Natur, dass man sie nicht einer Abstimmung beim Bundesparteitag vorenthalten darf!**

Die SPD gefährdet andernfalls ihren Ruf als ernstzunehmende Friedenspartei.

Monika Fath-Kelling
Vorsitzende AG 60+ Erlangen

Dr. Helmut Aichele
Friedensbeauftragter des Kreisverband Erlangen

**Antrag 1: Verzicht auf die atomare Teilhabe**

Wir fordern Partei und Bundesregierung auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sowie den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu erwirken.

**Begründung:**
Seit Ende des Weltkrieg II ist es einhellige Erkenntis, dass ein Krieg unter Verwendung von atomaren Waffen nicht führbar, geschweige denn gewinnbar ist. Gewinnbar für alle Beteiligten ist nur totale Zerstörung.
Somit gleicht das Festhalten an der nuklearen Teilhabe bei der Zeitenwende letztlich einer Aufforderung zum kollektiven Selbstmord.

**Antrag 2: Keine F-35 von Lockheed**

Als Konsequenz aus Antrag 1 folgt, dass die geplante Beschaffung von F-35, die eindeutig offensive Trägersysteme für Nuklearwaffen darstellen, für Deutschland sinnlos wäre.

Begründung:
siehe Begründung zu Antrag 1

# AUS DEN DISTRIKTEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

## *DISTRIKT WEST*

**Vorsitzende**
Katrin Hurle
Felizitas Traub-Eichhorn
katrin9290@googlemail.com
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

**Zusammenfassung der Sitzung des Distrikt West zur Kulturpolitik am 12.07.23**

In unserer letzten Sitzung vor der Sommerpause war die kulturpolitische Sprecherin unserer Stadtratsfraktion, Valeria Fischer, zu Gast. Sie zeigte in einer anschaulichen Präsentation, welche Schwerpunkte die SPD-Fraktion im Bereich Kultur in den letzten drei Jahren gesetzt hat und welch erstaunliche Zahl an Projekten auf den Weg gebracht wurden. Besonders diskutiert wurde über den im letzten Sommer von der Regisseurin Anna Steward gedrehten Film über Büchenbach-Nord mit dem Titel „Trilogy 56 Nord“. Die Regisseurin lebte während der Entwicklung des Films in Büchenbach. Aus dem Distrikt heraus kam der Wunsch, dass der Bauzaun um das gerade entstehende Stadtteilhaus am Rudeltplatz von Gruppen bemalt werden kann.

Ein großer Dank ging an den Vorsitzenden des Stadtteilbeirats Büchenbach, Günter Winkelmann, für die Organisation der Feier zur 100jährigen Eingemeindung. Auf dem Straßenfest, das am Samstag, den 01.07. stattfand, stellten sich eine Vielzahl von Vereinen und Gruppierungen vor, die in Büchenbach aktiv sind. Beeindruckend war neben der Anzahl auch die immense Vielfalt.

*Impression der Sitzung des Distrikt West aus dem Juli*

**Vorstellung des KaufBar-Konzepts im Distrikt West am 21.6.23**

Nach der Vorstellung ihres Konzepts ‚KaufBar– ein Konzept für nachhaltiges Shopping‘ in den Distrikten Ost+Innenstadt hatten wir Jasmin Schubert, Andreas Dorn und Paul Spalek auch in den Westen eingeladen, wo sie bei unserer Juni-Distriktsitzung referierten. Mit ihrer Idee von einem Re-Use-Kaufhaus, das in einem ansprechenden Ambiente Gebrauchtes anbietet, stießen sie auf großes Interesse und grundsätzliche Zustimmung. Als Problem wurde allerdings gesehen, dass eine Örtlichkeit in guter Stadtlage gefunden werden muss, um mögliche Kundinnen und Kunden anzusprechen. Dies dürfte in Erlangen besonders schwierig werden.

Ein ausführlicher Bericht zur Vorstellung der KaufBar in den Distrikten Ost+Innenstadt war im April-Monatsspiegel auf Seite 20 zu finden.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

## DISTRIKT INNENSTADT

**Vorsitzende**
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

**Sitzung vom 11.07.2023 um 19.30 im Nebenraum des Kaiser Wilhelm**

Die Sitzung wurde gemeinsam mit den JUSOS und Gästen von 60+ durchgeführt.
Dieser Dienstag war mit 38,5 Grad der heißeste Tag des bisherigen Sommers. Trotzdem versammelten sich am Abend fast 20 interessierte Genossen zwischen 25 und 85, die sich für

• Gendergerechte Erlanger Kommunalpolitik und
• gendergerechte Stadtplanung am Beispiel Wiens

„erwärmen“ konnten. Barbara Pfister hielt uns ein sehr eindringliches und -ob es die geneigte Leser*in glauben mag oder nicht- ausgesprochen spannendes Referat zum ersten Thema, in dem sie die Erlanger Politik von und für Frauen seit den Zeiten Dietmar Hahlwegs bis heute Revue passieren ließ. Innerhalb dieser Zeiträume und in dieser Fokussierung sehr beeindruckend. Es könnte sich lohnen das zu „verschriftlichen“.

Nach kurzer Lüftungspause hat uns Martin Prokopek dann mitgenommen nach Wien, wo eine Stadtplanerin schon zu Zeiten, in denen noch nicht Gendergerechtigkeit en voge gewesen ist, durch gutes Nachdenken und für die Zeit unkonventionelle Entscheidungen die Rad- und vorallem Fußgängerfreundlichkeit Wiens entscheidend mitprägen konnte. Auch das ein sehr prägnanter Beitrag.

Die Sitzung endete viertel nach zehn, nach angeregter Diskussion, die Sophia Waldmann als Vorsitzende der JUSOS moderierte. Gerne wieder einmal eine gemeinsame Sitzung mit den JUSOS zu einem spannenden Thema...

Im August ist keine Sitzung vorgesehen, der Termin für die Septembersitzung steht noch nicht fest.

## DISTRIKT TENNENLOHE

**Vorsitzender**
Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

**Protokoll zur Distriktversammlung am 12.07.2023**

Wir haben intensiv und sehr kontrovers die Lage in der Türkei mit unserem ehemaligen, jetzt ins Nürnberger Land verzogenen Genossen Adem Karadeniz diskutiert. Einen ausführlichen Bericht darüber findet ihr auf Seite 18 dieses Monatsspiegels.

Rolf Schowalter

**Protokoll zur Distriktversammlung am 21.06.2023**

Am 21.06. kam Sophia Waldmann, Kandidatin für den Bezirkstag, zu Besuch in den Distrikt Tennenlohe, um sich vorzustellen und mit uns über die anstehenden Wahlen zu sprechen. In gemütlicher Runde klärten wir zunächst Grundlegendes wie Aufgaben des Bezirkstags, Organisation, Zuständigkeiten und Finanzierung. Anschließend wurde es persönlicher und Sophia erzählte von ihrem bisherigen Werdegang und ihrer Motivation. Neben großem Interesse an den Themen sieht Sophia insbesondere auch die große Chance, von Gisela Niclas zu lernen und von ihren Erfahrungen zu profitieren.

Im Anschluss an das Gespräch mit Sophia diskutierten wir über aktuelle Themen und Anlässe wie die Planungen eines Solarparks im Gewerbegebiet G1, die Broschüre zur Halbzeitzeitbilanz von „Eine Stadt für alle“ und mögliche Artikel für den Tennenloher Boten.

Lisbeth Jarosch

**Nächste Distriktsitzung**

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Mittwoch, 13.09.2023, 19.30 Uhr, Schlossgaststätte, Schlossgasse 7**

Tagesordnung:
1) Berichte
2) Aktuelles: zur politischen Lage
3) Wahlkampfaktivitäten
4) Halbzeitbilanzen (Stadtrat, Ortsbeirat, Distrikt)
5) Innenstadtkonzeptionen
6) Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Treffen im Oktober: Mittwoch, 11.10., 19.30 Uhr, im November am 08.11.

## *AG 60+ ERLANGEN*

**Vorsitzende**
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

**Protokoll der Sitzung vom 12.7.2023**

Die mit 11 Teilnehmer*innen gut besuchte Sitzung an einem der heißesten Tage dieses Sommers, befasste sich mit den Themen:
• Antwort von Kevin Kühnert auf unseren Brief vom April dieses Jahres.
• Anträge der Partei und von 60+ an den Parteitag zum Thema Friedenspolitik

Diskussion(en):
• Trennung Parteiämter/Mandate
• USA - Lieferung von Streumunition an die Ukraine

Sonstiges:
• Hem berichtet vom 40-jährigen Treffen des Mainzer Kongresses
• Einführung einer städtischen Verpackungssteuer analog Tübingen

Leseempfehlungen:
• „Schachbrett des Teufels“, Publikation von David Talbot
• „Secondhandzeit“ von Swetlana Alexijewitsch

Nächste Termine:
Nächster regulärer Termin der AG60+: 13. September 2023, 15:00, Thalermühle

Im August ist keine Sitzung, sondern nur ein zwangloses Treffen geplant, Ort und Zeit werden per Email durchgegeben.

Zu Kevins Antwort:

Eine Antwort per Brief, nicht Mail, wie wir positiv feststellen. Mit seiner Antwort auf seine Aussage „Ich bin nicht Pazifist, sondern Antimilitarist“ können wir nicht einig gehen. Vorallem ist es ja unsere explizite Sorge, dass wir aktuell eine mehr als deutliche Verschiebung des öffentlichen Diskurses in Richtung Militarismus (so wie er ihn zutreffend definiert) sehen! Was den Pazifismus angeht, ist unsere Haltung ein „wehrhafter“ Pazifismus: Unsere Bundeswehr muss in die Lage versetzt werden, ihre Kernaufgaben der Landesverteidigung ausüben zu können, sowie ihre Bündnisverpflichtungen einhalten zu können (Soweit diese sich im Rahmen des geltenden Völkerrechts bewegen, möchten wir hinzufügen). Soweit Konsens.

Die „atomare Teilhabe sei ein Abschreckungsinstrument und eine Bündnisverpflichtung“. Da wir keine Atomwaffen besitzen, wären wir nicht direkt an möglichen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot beteiligt. (Insofern hält Kevin wohl Forderungen nach solchen Verhandlungen aus der SPD-Basis für obsolet)

Aber jetzt: „So lange aggressive Mächte wie Russland mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, so lange sollten wir an der Doktrin der

nuklearen Teilhabe festhalten.“ …
Die NATO selbst droht mit dem Einsatz von Atomwaffen, in der gültigen NATO-Strategie sogar durch präventiven Erstschlag. Damit steht eine aggressive Macht der anderen aggressiven Macht in nichts nach. Sonst wäre es schließlich kein Abschreckungsinstrument. Der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland muss unseres Erachtens nach weiterhin dringend gefordert und erwirkt werden, zumal deutsche Piloten mit Flugzeugen der deutschen Bundeswehr diese Waffen innerhalb einer derart ausgestalteten „Bündnisverpflichtung“ womöglich als präventiven Erstschlag „ausliefern“ müssten! (Nicht die US-Armee!)

Bei den Antworten auf die anderen Fragen und Punkten waren wir uns einig: Viel geschmeidige Kuvertüre in der sattsamen Geschmacksrichtung „Wir wissen was wir tun. Es ist gut was wir tun. Es ist unnötig, dass ihr euch sorgt. Basta.“

Zu Anträge an den Parteitag:

Anträge, die die SPD Erlangen zur Friedenspolitik zum vergangenen Parteitag stellte, konnten in den Antragsbüchern nicht gefunden werden, dafür aber in etwa unseren Entsprechende. Zur Sonder-KMV im September wollen wir diese Anträge erneut aufbereiten. Drei Anträge liest Monika vor. Einstimmig beschließen wir Antrag 1 und 2 unseren Bedürfnissen anzupassen und im MSP August zu veröffentlichen.

Zu Lieferung von Streumunition der USA an die Ukraine:

Wir sind entsetzt über Präsident Bidens Entscheidung diese, aus humanitären Überlegungen heraus vollkommen inakzeptablen, Bomben in die Ukraine zu liefern. Da mag kein Vertrag verletzt werden, weil sämtliche Kombattanten nicht dem Oslo-Abkommen zur Ächtung dieser Waffe beigetreten sind, aber aus den Erfahrungen früherer, grausamster Einsätze dieser Waffe kann kein Nutzer solcher Bomben noch irgendwie glaubwürdig mit „moralischen Grundsätzen“ argumentieren. Das Verhalten unseres Bundespräsidenten Steinmeier (Deutschland dürfe „in der gegenwärtigen Situation der USA nicht in den Arm fallen“) mag aus seiner Vita heraus konkludent sein. Es ist in unseren Augen feige und schändlich, derart gegen den Geist eines Vertrags, den er für die Bundesrpublik Deutschland eigenhändig unterzeichnet hat, zu handeln und die sich daraus ergebenden (eindeutig rechtswidrigen!) Handlungen unserer Regierung (Nichtverhinderung des Transports der Waffen an den Bestimmungsort, nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln mäßigenden Einfluß zu nehmen auf Partner, die diese unmenschliche Waffe nutzen wollen beispielsweise.)

Monika wird beauftragt, unserem Bundespräsidenten schriftlich unsere tiefste Missbilligung seines Verhaltens zur Kenntnis zu bringen.

Protokoll: Monika und Renate

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

***Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.***

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

# FANCY WOMEN BIKE RIDE ERLANGEN

*VON LISA KAUFMANN*

Am Sonntag, 17. September um 14 Uhr wird ab dem Langemarckplatz wieder entspannt der Erlanger "Fancy Women Bike Ride" starten. Es handelt sich um eine globale Bewegung von Frauen für Frauen für mehr weibliche Präsenz im Radverkehr. Seit 2013 und inzwischen in mehr als 200 Städten findet der Fancy Women Bike Ride jedes Jahr statt. Radfahren ohne Sportoutfit und dafür mit Blumen. Wir brauchen keine teure Technik, wir feierten die letzten Tage des Sommers.", so die Veranstalterin Chloé Heusel. Der "Fancy Women Bike Ride" steht entspanntes und sicheres Fahrradfahren. Doch es geht um mehr als nur um das Gefühl von Leichtigkeit und Geselligkeit im Fahrtwind: "Es geht um die Sichtbarkeit weiblicher Mobilität", so die Mitorganisatorin Lisa Kaufmann. "Frauen sind anders mobil als Männer und haben andere Ansprüche an die Sicherheit und Beschaffenheit ihrer Verkehrsmittel und -wege." Erwiesenermaßen übernehmen Frauen etwa in viel größerem Maß als Männer neben Erwerbsarbeit auch Sorgetätigkeiten. So fahren sie, statt „nur" zur Arbeit und zurück, innerhalb eines Tages oftmals zwischen vielen Stationen hin und her: Sie bringen etwa zunächst die Kinder in die Betreuung, dann gehen sie zur Arbeit, holen danach die Kinder wieder ab, gehen einkaufen, begleiten innerfamiliäre Arzttermine, usw. Für dieses Jahr wurde die Strecke optimiert und ist nun noch seniorenfreundlicher mit weniger Steigung. Erneut wird pausiert und informiert an Straßen, deren Namen einen Bezug zu Frauen haben. Es handelt sich um eine organisations- und parteiunabhängige Veranstaltung.